

Innenministerium will keinen «Polizeistaat» beim NATO-Gipfel

Stuttgart (ddp-bwb) Baden-Württembergs Innenministerium weist Kritik aus SPD und Grünen an den starken Sicherheitsvorkehrungen für den NATO-Gipfel im April zurück.

Stuttgart (ddp-bwb). Baden-Württembergs Innenministerium weist Kritik aus SPD und Grünen an den starken Sicherheitsvorkehrungen für den NATO-Gipfel im April zurück. Wer von der «Inszenierung eines perfekten Polizeistaats» rede, bringe nicht nur die Polizei, sondern den demokratischen Rechtsstaat in Misskredit, betonte das Ministerium am Freitag in Stuttgart.

Es gehe Innenminister Heribert Rech (CDU) «einzig und allein um den Schutz und die Sicherheit der Staatsgäste und der Bevölkerung». Oberste Maxime sei «Sicherheit bei größtmöglicher Freiheit». Die Polizei sei eine Bürgerpolizei, die sich als Teil der Bevölkerung verstehe.

Rech reagierte damit auf Kritik des SPD-Abgeordneten Reinhold Gall und des Grünen-Abgeordneten Uli Sckerl, die vor einer übermäßigen Einschränkung der Bürgerrechte wegen des Gipfeltreffens warnen. Gall protestierte beispielsweise gegen die angebliche Absicht der Sicherheitsbehörden, beim NATO-Gipfel die Bewegungsfreiheit von rund 700 Einwohnern der Stadt Kehl, wo ein Fototermin für die Staatsgäste geplant ist, mehrere Stunden lang einzuschränken. Nach dem bisherigen Sicherheitskonzept dürften Bewohner einer inneren Zone zeitweise «nur noch in Begleitung von Polizisten auf die Straße», sagte Gall.

ddp/dmu/fgr